

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 28. Oktober 2021, 17:15 Uhr, Lachensaal, Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun)

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Roman Gugger Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Reto Kestenholz, Alice Kropf, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Thomas Rosen- berg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Verena Schneiter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren, Ronald Wyss, Sarah Zaugg
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderat Konrad Hädener
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Lorina Winkler
Entschuldigt	Stadtrat Alwin Hostettler und Stadträtinnen Manon Jaccard, Michelle Marbach, Vera Vuille, Nicole Krenger Gemeinderäte Peter Siegenthaler und Roman Gimmel
Schluss der Sitzung	18:15 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst die Anwesenden zur vorerst letzten Stadtratssitzung im KKThun. Die Präsidienkonferenz hat entschieden, dass der Rat ab November wieder im Rathaus tagen kann. Besonders begrüsst er zur heutigen Sitzung Stadtrat Mathias Berger, welcher Serge Lanz in der Fraktion SVP ersetzt.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

78. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23. September 2021

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

79. Sachkommission Bildung Sport Kultur

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Serge Lanz (SVP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Art. 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO BiSK wird als Mitglied anstelle von Serge Lanz (SVP) per sofort gewählt: Mathias Berger (SVP).

80. Wahlkommission

Wahl von Sabine Lehmann (SP) anstelle der zurückgetretenen Frieda Baumgartner (SP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Gemeinderat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 16. September 2021, beschliesst:

1. Von der Demission von Frieda Baumgartner per 30. November 2021 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz wird Sabine Lehmann (SP), Jahrgang 1991, von Eggiwil BE, Psychologin Doktorandin, wohnhaft Schönmatweg 2, 3600 Thun, als Mitglied in die Wahlkommission gewählt, und zwar ab 1. Dezember 2021 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

81. Motion M 3/2021 betreffend Reglement zur Offenlegung der Finanzierung von Parteien, Wahl- und Abstimmungskomitees

Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG, Nicole Krenger (glp), Nicolas Glauser (glp), Susanne Gyax (EVP) und Jonas Baumann (EVP) vom 6. Mai 2021; Beantwortung

Bericht des Gemeinderates 19/2021

Der Stadtpräsident konnte dem Rat seine Haltung zweimal darlegen und empfiehlt eine Ablehnung der Motion. Der Gemeinderat hat seine Einschätzung bei den Parteien überprüft und keinen Regelungsbedarf festgestellt. Wenn die Grenzwerte der Stadt Bern als Grundlage herangezogen werden, sind kaum Spenden an Parteien in dieser Höhe feststellbar. Vor diesem Hintergrund würde der Erlass eines Reglements zu einer Überreglementierung führen. Im Falle einer abweichenden Einschätzung durch die Fraktionen bittet er um eine Erläuterung, welche Thun-spezifischen Probleme ein allfälliges Reglement beinhalten sollte.

Alice Kropf, **Fraktion SP**, wiederholt das Zitat der Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala, welches diese in der Nationalratsdebatte zur Transparenzinitiative vorgebracht hat: «Wer den Zeitgeist verkennt, den bestraft das Leben. Transparenz schafft Vertrauen, das verlangt der Zeitgeist.» Durch den indirekten Gegenentwurf auf Bundesebene kommt die Schweiz endlich einer Forderung nach mehr Transparenz durch die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) nach. Der wesentliche Unterschied zur alten Forderung ist, dass der Antrag nun offener formuliert ist und nicht nur Bestimmungen, sondern ein Reglement fordert. Der genaue Inhalt des Reglements müsste durch eine Spezialkommission eruiert werden. Den Motionär*innen ist es ein Anliegen, kein Bürokratiemonster zu erschaffen, sondern eine smarte Lösung zu finden. Stichproben zur Überprüfung würden reichen. Statt die Erfahrungen von anderen Gemeinden abzuwarten, wäre es sinnvoll, sich zum jetzigen Zeitpunkt mit anderen Gemeinden zusammenzuschliessen, die Synergien zu nutzen und so dem Wunsch der Bevölkerung nach mehr Transparenz nachzukommen. Es ist anzunehmen, dass dieser besteht, da sogar in bürgerlichen Kantonen entsprechende JUSO-Initiativen angenommen wurde. Auch das Abstimmungsresultat der Stadt Bern von über 88 Prozent Zustimmung zeugt von einer sehr breiten Abstützung weit über die rot-grüne Wählerschaft hinaus. Dass sich der Gemeinderat diesem klaren Bedürfnis aus der Bevölkerung so vehement verschliesst, erachtet Stadträtin Kropf als demokratie-politisch bedenklich. Es wäre schön, wenn der Stadtrat diese problematische Haltung mit einer Mehrheit korrigieren würde. Zum Schluss geht sie im Namen der Fraktion SP mit gutem Beispiel voran und legt die Transparenz zur aktuellen Ersatzwahl des Gemeinderats offen. Die SP hat ein Budget von 20'000 Franken zur Verfügung, das sich aus einem Beitrag der Partei sowie aus Spenden zusammensetzt. Insgesamt gingen bisher rund 11'000 Franken an Einzelspenden ein, wovon keine mehr als 3'000 Franken beträgt.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für seine Einschätzungen, die seine Fraktion teilweise teilt; vor allem hinsichtlich einer höheren Dringlichkeit auf nationaler und kantonaler Ebene. Es ist allgemein bekannt, dass Politik mit Kosten verbunden ist. Problematisch wird es, wenn unklar ist, wohin und zu welchem Zweck wie viel Geld fliesst, da der demokratische Meinungsbildungsprozess beeinflusst wird. Aufgrund der steigenden Ausgaben für Abstimmungs- und Wahlkampagnen sind die Parteien auf private Spenden angewiesen, deren Herkunft jedoch bekannt sein muss. Deshalb begrüsst seine Fraktion die Regel zur Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen. Ebenfalls begrüssen sie im Grundsatz das Verbot von anonymen Spenden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen sich über die Höhe der Investitionen in Kampagnen und Initiativen informieren können – auch auf städtischer Ebene. Weshalb die Untergrenze von 3'000 Franken in Thun deutlich tiefer angesetzt sein sollte als in Bern mit 5'000 Franken, müsste gut begründet werden können. Im Sinne einer pragmatischen Umsetzung erachten sie eine Selbstdeklaration mit Stichkontrollen als richtiges Mittel. Über den richtigen Zeitpunkt zu diskutieren, ist zynisch, da man vor dem Umsetzen der Bestimmung nie weiss, ob man nicht zu spät dran ist. Die Zustimmung in Bern weist darauf hin, dass man mit solchen Bestimmungen das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und die demokratischen Institutionen stärken kann. Dies muss ein allgemeines Anliegen sein, gerade in diesen Zeiten. Die Fraktion Grüne/JG nimmt die Motion einstimmig an.

Ronald Wyss (Die Mitte) sieht in der vorliegenden Motion ein Geschäft, das wie ein Kaugummi am Schuh kleben bleibt. Als die Motionäre den Vorstoss im Januar vor den Rat brachten, wurde er nach längerer Diskussion wieder zurückgezogen – wohl, weil klar war, dass er keine Chance hatte. Jetzt stellt sich heute erneut die Frage nach dem zu lösenden Problem, ohne dass ein konkreter Bedarf aufgezeigt. Es scheint

ihm, dass die Motionäre etwas möchten, was es in Bern auch gibt. Ihm wurde gesagt, der Aufwand wäre überschaubar. Wenn andere etwas machen und vor allem bezahlen, ist dies leicht gesagt. Steuergelder für eine Sonderkommission einsetzen zu wollen, findet er verantwortungslos. Die Ratsmitglieder der Mitte lehnen die Motion deshalb einstimmig ab.

Manfred Locher (EDU) unterstützt die Bestrebungen für mehr Transparenz in der Finanzierung politischer Aktivitäten grundsätzlich, vor allem auf nationaler und kantonaler Ebene. Für Thuner Verhältnisse erachtet die EDU das Erstellen eines Reglements als verfrüht und möchte von den Erfahrungen anderer Gemeinwesen profitieren – vor allem, was Erfahrungen mit Schleichwegen zur Umgehung der Reglemente angeht. Er gibt zu bedenken, dass die Verwaltung ausgelastet ist, dass ein Personalstopp verfügt wurde und die Überzeiten nur knapp unter Kontrolle gebracht werden können. Jetzt soll dieser Verwaltung noch eine zusätzliche, nicht dringende Aufgabe aufgebürdet werden, die in ein paar Jahren günstiger zu haben wäre. Die EDU der Stadt Thun lehnt die Motion ab.

Peter Aegerter, **Fraktion SVP**, nimmt den Ball, der ihm von der Fraktion SP zugespielt wurde, auf und gibt transparent Auskunft zum Budget der anstehenden Gemeinderats-Ersatzwahlen. Er schliesst sich den Worten seines Vorredners Stadtrat Wyss insofern an, als es sich bei vorliegendem Vorstoss um ein bereits gescheitertes und jetzt wieder neu vorgebrachtes Anliegen handelt. Nicht zum ersten Mal in der laufenden Legislatur wird nach dem Motto «Ich habe eine Lösung, man bringe mir das Problem» ein Thema aufgegriffen, obwohl nachweislich kein Handlungsbedarf besteht. Die durchgeführte Umfrage bei den Parteien weist in den letzten vier Jahren nämlich keine einzige Einzelspende über 5'000 Franken aus. Nur vier Parteien hatten einzelne Spenden zwischen 1'000 und 5'000 Franken zu verzeichnen. Wenn man sich nun vorstellt, dass künftig die Finanzverantwortlichen der Parteien und Komitees ihre Rechnungen im Rathaus präsentieren und prüfen lassen müssen, liegt nahe, dass trotz Personalstopps das Personal in der Direktion FiRU umgehend aufgestockt werden müsste. Um dieses Szenario und die Erarbeitung eines Reglements zu umgehen, ist es jedem Bürger überlassen, die persönliche Steuererklärung zu veröffentlichen und das so schwer belastete Gewissen zu entlasten. So könnte denn auch die UNIA ihr milliardenschweres Vermögen offenlegen. Die Fraktion SVP lehnt die Motion einstimmig ab.

Hanspeter Aellig (FDP) erkennt kein Problem auf städtischer Ebene und unterstützt die Motion nicht, ganz nach dem Motto des amerikanischen Generals Schwarzkopf «Repariere nur, was kaputt ist, nicht was funktioniert». Die vorliegende Motion ist im Gegensatz zum Vorstoss im Frühling allgemeiner gehalten. Nach wie vor fehlt jedoch ein konkretes Beispiel für die Notwendigkeit eines Reglements. Die Forderungen und Formulierungen sind nach wie vor schwammig und es werden Kann-Formulierungen verwendet. Der Regierungsrat hat auf eine ähnliche Forderung aus dem Grossen Rat am 8. September geantwortet, dass in Bezug auf die kantonalen Offenlegungspflichten weiterhin die im Bericht erwähnten Nachteile überwiegen, insbesondere die aufwändige Vollzugsregel. Eine neue Prüfung des Anliegens scheint dem Regierungsrat nicht sinnvoll und er wird die Motion ablehnen. Transparenz sollte auch Vertrauen schaffen. Dies kann nur durch eine seriöse politische Arbeit und eine umfassende Beurteilung von Problemstellungen erreicht werden. In diesem Jahr wurden bereits zweimal Vorstösse vor der Schlussabstimmung zurückgezogen, mit Begründungen wie Scheinmehrheiten oder einem absehbaren Unterliegen. Die FDP erachtet einen Rückzug nach der sehr aufwändigen und teuren Bearbeitung durch die Verwaltung als intransparent und insbesondere nicht vertrauensbildend.

Susanne Gyax (EVP) steht als Mitinitiantin der Transparenzinitiative auf Bundesebene seit jeher für Offenheit, Gradlinigkeit und Ehrlichkeit ein. Oft kommt man erst nach schlechten Erfahrungen ins Nachdenken. Dabei wäre ein Vordenken gar nicht so schlecht: Chancen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, könnten genutzt werden. «Agieren statt reagieren» ist angesagt und steht konträr zum Vorschlag des Gemeinderats, die Erfahrungen von anderen Gemeinden abzuwarten. Sie räumt ein, dass es einer gewissen Vorarbeit bedarf, um ein Reglement zur transparenten Finanzierung vorzulegen. Diese führt jedoch zu Klarheit, Wahrnehmbarkeit und Vertrauen. Die Rede war bisher nur von Parteispenden, jedoch wäre auch interessant zu wissen, wie stark sich Dritte bei Abstimmungskampagnen in den

letzten Jahren investiert haben. Die Umsetzung des Reglements soll pragmatisch erfolgen, keinen immensen Aufwand nach sich ziehen und einmal jährlich mit Stichproben überprüft werden. Ein klares Reglement mit klaren Zielen und Umsetzungsschritten ist entscheidend. Die EVP befürwortet die Annahme der Motion.

Nicolas Glauser (glp) begrüsst jeden Beitrag zur Steigerung des Vertrauens der Bevölkerung in die Politik. Auch wenn der Einfluss der Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Geldflüssen bei Abstimmungen und Wahlen heute noch nicht genau beziffert werden kann, ist mehr Offenheit und Transparenz offensichtlich erwünscht. Es gibt bereits andere Kantone sowie Gemeinden im Kanton Bern, welche dies umsetzen. Bei der Annahme der Volksabstimmung in der Stadt Bern hat sich gezeigt, dass sich auch grosse Teile der politischen Mitte und Rechten dafür interessieren. Mit der angestrebten Umsetzung von wenigen Kennzahlen scheint ihm der Aufwand überschaubar – die Eingaben könnten gar elektronisch erfolgen. Schliesslich muss jede Partei eine Jahresrechnung erstellen, der man die Zahlen entnehmen und sie einreichen könnte. Er wird die Motion als einziger anwesender glp-Stadtrat im Namen seiner Partei unterstützen.

Alice Kropf (SP) möchte den Faden von Stadträtin Gygax aufnehmen und betont, dass es nicht nur um die Parteienfinanzierung geht, sondern auch um Abstimmungen. Der Gemeinderat hat in seiner ursprünglichen Antwort auf die Abstimmung über die Weststrasse verwiesen, wo eine Offenlegung möglicherweise Sinn gemacht hätte. Es gab jedoch in den letzten Jahren noch weitere Abstimmungen, bei denen das Wissen um die Finanzierung für die Meinungsbildung wichtig gewesen wäre, so zum Beispiel die Abstimmungen zu Thun-Süd, zur ZPP Hoffmatte, zum Parkhaus im Schlossberg oder zur Quartierschulinitiative. Auch in Thun bilden sich zunehmend Protestbewegungen, die sich möglicherweise in Zukunft an Wahlen beteiligen werden. Gerade in diesem Zusammenhang wäre das Wissen über die Herkunft und Höhe der eingesetzten finanziellen Mittel wichtig.

Der Stadtpräsident betont, dass sich der Gemeinderat nicht gegen Transparenz ausspricht, sondern gegen ein kaum umsetzbares Reglement. Wie sollte man beispielsweise überprüfen, welches Geld in soziale Medien fliesst? Oder wie könnten Ad-hoc-Komitees überprüft werden? Beim Erstellen eines Reglements könnten diese Probleme zu einer Scheingenauigkeit und damit gar zu einer noch grösseren Intransparenz führen. Wenn dies jedoch ein Wunsch der Bürgerinnen und Bürger ist, werden alle politischen Parteien und Kandidierenden punkten können, wenn sie Transparenz herstellen. Es ist jeder Partei freigestellt, im Internet ihre Rechnungen, Budgets oder privaten finanziellen Verhältnisse zu publizieren. Er findet es ratsam, die Erfahrungen von anderen abzuwarten. Die eben erfolgten Angaben über die Parteibudgets zeigen, dass die Transparenz funktioniert und dass es keine zusätzliche Regelung braucht.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt die Motion mit 19 : 16 Stimmen ab.

82. Postulat P 7/2021 betreffend die Abgabe von Gewerbegutscheinen an die Thuner Bevölkerung

Simon Werren (BDP), Daniela Huber Notter (BDP) und Ronald Wyss (BDP) vom 6. Mai 2021; Beantwortung

Simon Werren, **Fraktion glp/Die Mitte**, musste feststellen, dass von Gewerbe und Wirtschaftsverbänden das vom Postulat vorgeschlagene Gutscheinsystem nicht gewünscht wird. Daher macht es keinen Sinn, mehr Zeit und Geld in dieses Anliegen zu investieren. Ihm persönlich ging es darum, der Bevölkerung mit dem Gutscheinsystem, das ganz verschieden hätte ausgestaltet werden können, etwas fürs Mitmachen im Kampf gegen das Coronavirus zurückzugeben. Aktionen in anderen Gemeinden haben zu positiven Reaktionen geführt. Sicherlich kann über den Zeitpunkt einer solchen Massnahme diskutiert werden und es ist wohl immer schwierig, ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erreichen, wie im Stadtratsbericht

korrekt dargelegt wurde. Er schliesst daraus, dass der Gemeinderat in nächster Zeit nur noch Stadtratsberichte mit einem positiven Kosten-Nutzen-Verhältnis verfassen wird. Er dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Antwort und gibt bekannt, dass die Fraktion glp/Mitte das Postulat annimmt und abschreibt.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) dankt dem Gemeinderat für die schlüssige und ausführliche Beantwortung des Postulats. Die FDP ist mitnichten gegen eine Unterstützung des Gewerbes, doch eine ungezielte Verteilung von Steuergeldern ist nicht der richtige Weg und ginge in Richtung einer populistischen Stimmungsmache. Es wäre viel sinnvoller, die Rahmenbedingungen für Unternehmungen so zu gestalten, dass diese gut aus eigenen Kräften überleben können. Im Sinne der Nachhaltigkeit müssten die Bedingungen nachhaltig verbessert werden, begonnen mit der Möglichkeit für die Unternehmer, sich mit geeigneten Verkehrsmitteln und innert nützlicher Frist innerhalb von Thun bewegen zu können. Doch auch umgekehrt – dass sie in der Innenstadt gut erreichbar werden, allenfalls mit kostenlosen Parkmöglichkeiten während der ersten Stunde, wie es die Parkhaus AG Adelboden vormacht. Nicht zuletzt braucht es eine moderate Steuer- und Gebührenbelastung. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU**, findet die Idee auf den ersten Blick sympathisch. Bei genauem Hinschauen birgt sie jedoch grosse Schwachstellen und löst nur sehr punktuell ihr eigentliches Anliegen. Das Giesskannenprinzip trifft viele Menschen und Unternehmer, doch nicht alle brauchen das Wasser. Hilfestellungen sind bereits gut funktionierend im Einsatz. Weitere Hilfen müssten, wenn schon, sehr spezifisch geleistet werden. Seine Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Peter Aegerter, **Fraktion SVP**, bezweifelt, dass eine zielgerichtete Lösung zur Umsetzung der durchaus positiv zu würdigenden Idee gefunden werden kann. Der Vorstoss war zwar gut gemeint, doch es konnte keine zielführende Umsetzung gefunden werden. Die Fraktion SVP nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Martin Allemann, **Fraktion SP**, findet die Idee, im Rahmen von COVID-19 das Gewerbe und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu unterstützen, grundsätzlich sehr gut. Sie verfehlt ihr Ziel jedoch vollkommen. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, dass nicht gezielt jenen geholfen werden würde, die Hilfe nötig haben, sondern nach dem Giesskannenprinzip Geld verteilt werden würde. Es würde auch dorthin fliessen, wo keine Not herrscht, wie bei den täglichen Gebrauchsartikeln. Die Fraktion SP ist zu keinem Schluss gekommen und hat deshalb die Stimmfreigabe innerhalb der Fraktion beschlossen.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne/JG**, hält die Idee der Abgabe von Gewerbegutscheinen an die breite Bevölkerung für ein interessantes, prüfenswertes Anliegen. Eine gerechte und sinnvolle Verteilung zu gewährleisten, ist jedoch sehr schwierig. Der Zeitpunkt ist zu spät gewählt und der gewünschte Effekt verfehlt. Ihre Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Der Stadtpräsident bedankt sich für die gute Aufnahme der gemeinderätlichen Abklärungen. Er betont nochmals die lobenswerte Motivation hinter dem Vorstoss und ruft dazu auf, im täglichen Handeln die gut funktionierende Wirtschaftsstruktur in Thun durch Aufträge und Einkäufe zu unterstützen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat grossmehrheitlich für erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

83. Interpellation I 5/2021 betreffend Standort der Langsamverkehrsverbindung Bahnhof-Selve-Schwäbis (inkl. Brücke Selve-Schwäbis)

Fraktion Grüne/JG und Fraktion SP vom 6. Mai 2021; Beantwortung

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die Darlegung des aktuellen Stands des Projekts. Die Interpellant*innen sind befriedigt und wünschen keine Diskussion.

84. Interpellation I 4/2021 betreffend Gemeindegelder für Erdgasvermarktung

Fraktion Grüne/JG und Fraktion SP vom 6. Mai 2021; Beantwortung

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, ist von der Antwort nicht befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, gibt die Haltung der Interpellierenden und vornehmlich der Fraktion Grüne/JG wieder. Die wesentliche Motivation für den Vorstoss war der Widerspruch, der sich zwischen Verkauf und Nutzung von Erdgas sowie den klimapolitischen Zielen der Stadt Thun ergibt. Thun hat sich mit dem Unterzeichnen der Klima- und Energiecharta dem Netto-Null-Ziel im Allgemeinen sowie dem Ziel «100% erneuerbare Energie ohne Treibhausgasemissionen» im Speziellen verpflichtet. Gleichzeitig ist die Energie Thun AG, die einen bedeutenden Teil ihres Gewinns mit Erdgas erwirtschaftet, zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Thun. Zwei Exekutivmitglieder sitzen im Verwaltungsrat. Die Energie Thun AG ist Mitglied des Verbands der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) und zahlt diesem jährlich im Schnitt 80'000 Franken Beiträge. Rund 33'000 Franken fliessen in den Biogas-Fonds, was begrüssenswert ist. Die restlichen 47'000 Franken, die als Mitgliederbeitrag an den VSG fliessen, müssen primär dem Erdgas zugeschrieben werden und werden in der Interpellation thematisiert. Im letzten Abschnitt der Vorstossantwort schreibt der Gemeinderat, es gäbe aufgrund des geringen Beitrags der Energie Thun AG keinen wesentlichen Widerspruch zu den klimapolitischen Zielen der Stadt Thun. Stadtrat Barben widerspricht dieser Aussage; der Betrag von rund 47'000 Franken ist nicht unwesentlich, zumal er jährlich wiederkehrend ist. Ferner liest sich aus dem zitierten Satz im Umkehrschluss, dass der thematisierte Widerspruch durchaus vorhanden ist. Gleichzeitig findet sich in der Antwort auf den Vorstoss keine Auflösung dieses Widerspruchs und auch gemäss aktueller Haltung und Strategie des VSG ist keine überzeugende Lösung in Sicht. Der Umgang mit Erdgas und der Wechsel zu Biogas und erneuerbaren Gasen ist absolut zentral. Gerade im Hinblick auf die Klima- und Energiestrategie der Stadt Thun und aus dem bereits erschienenen Grundlagenbericht dazu lässt sich deutlich herauslesen, dass die Transition zu erneuerbarer Wärme einen essenziellen Teil zur Erreichung von Netto Null darstellt. Die in der Antwort aufgeführten Zwischenziele für den gasversorgten Wärmemarkt von Haushalten mit 30 Prozent erneuerbaren Gasen bis 2030, 50 Prozent bis 2040 und 100 Prozent CO₂-neutral bis 2050 stellen einerseits einen doch sehr langsamen Wechsel dar, andererseits ist es gemäss der derzeitigen Situation fragwürdig, wie grosse Teile an Biogas und erneuerbaren Gasen erreicht werden sollen. Bei Biogas ist nur ein sehr beschränktes Potential vorhanden und für die Produktionen von erneuerbaren Gasen würde erneuerbarer Überschussstrom benötigt, der weder in der Schweiz noch in Thun vorhanden ist. Es gibt noch einige Hürden auf dem Weg zur erneuerbaren Wärmeversorgung. Die Interpellant*innen fordern nicht, dass die Energie Thun AG aus dem VSG austritt und ihre Mitgestaltungsmöglichkeit verliert. Sie erwarten jedoch, dass sie sich für die energiepolitischen Ziele der Stadt hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wärmeversorgung einsetzt.

Markus van Wijk (FDP) hat oft den Eindruck, dass bei gewissen Vorstössen die Haltungsfrage und weniger die Umsetzungsperspektive im Zentrum steht. Das Ziel «Netto-Null-Emissionen» bis 2050 muss im Kontext mit der Energie- und Versorgungssicherheit betrachtet werden, da die Exekutiven eine entscheidende Verantwortung für beide Bereiche tragen. Er ist überzeugt, dass Politiker von aller Couleur sowohl die Wichtigkeit des Umweltschutzes wie auch eine grosse Versorgungs- und Energiesicherheit anstreben. Es geht darum, gemeinsam an intelligenten und gesamtheitlichen Lösungen zu arbeiten.

Manfred Locher, **EVP+EDU-Fraktion**, ist befriedigt von der Antwort des Gemeinderats. Bezügerinnen und Bezüger von Bio- und Erdgas von der Energie Thun AG sind gerade im Hinblick auf den Winter froh, dass ihr Lieferant im Verband VSG eingebunden ist und mitwirken kann.

Alois Studerus, **Fraktion glp/Die Mitte**, findet die Antwort des Gemeinderats schlüssig. Sie zeigt klar auf, dass ein Austritt aus dem VSG kein Thema ist. Die Energie Thun AG profitiert vor allem im stark wachsenden Bereich Biogas von dem Fonds. Stadtrat Studerus lehnt den unterschweligen Vorwurf gegen den VSG, dieser verherrliche das Erdgas und anerkenne die Klimaziele nicht, ab. Die Unterlagen des VSG sagen klar aus, dass 2050 im Schweizer Gasnetz nur noch klimaneutrale Gase zirkulieren werden – neben Biogas grüner Wasserstoff und daraus hergestelltes synthetisches Methan. Um die Energieversorgung klimaneutral zu gestalten und die fossilen Gase zu ersetzen, braucht es einen Mix erneuerbarer und klimaneutraler Energieträger und entsprechende Infrastrukturen. Dass die Stadt auf dem richtigen Weg ist und noch einige Hürden überwinden muss, ist allen klar. Der VSG hat aber auch noch eine andere Funktion, und zwar im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Gasversorgungsnetzes. Dafür braucht es einen Partner, der die Detailregelungen kennt. Auch das Elektrizitätsmarktgesetz zeigt, dass der VSG ein unverzichtbarer Partner zur Umsetzung dieser Regelungen bei allen Betrieben ist. Bis 2050 sind noch etliche Hürden zu nehmen, wobei in Thun immerhin schon verschiedene Einzelmassnahmen beschlossen wurden, gerade bezüglich Biogas.

Franz Schori, **Fraktion SP**, erhofft sich von der Energie Thun AG als Mitglied des VSG, dass sie die Möglichkeiten ausschöpft, um sicherzustellen, dass der VSG seinen schönen Worten Taten folgen lässt und tatkräftig dazu beiträgt, dass die Schweiz bis spätestens 2050 das Ziel der Klimaneutralität erreicht.

Valentin Borter, **Fraktion SVP**, findet die Antwort des Gemeinderats nachvollziehbar und bedankt sich beim Steuerzahler, der mit seinen Steuergeldern die ausführliche Antwort finanziert hat.

85. **Postulat P 10/2021 betreffend Lachenareal**

Mark van Wijk (FDP), Barbara Lehmann-Rickli (FDP), Hanspeter Aellig (FDP) und Fraktion glp/Die Mitte vom 28. Oktober 2021; Dringlichkeitsbeschluss

Markus van Wijk (FDP) verlangt die Dringlichkeit insbesondere, weil die betroffenen Vereine bezüglich Gestaltung ihrer Umsetzungsplanung in Zeitnot kommen. Der Rat ist gefordert, günstige Voraussetzungen zu schaffen. Zudem stand am 1. Juni 2021 im Thuner Tagblatt, dass er Gemeinderat bereits Ende April das Vorgehenskonzept für die Gestaltung der Masterplanung entsprechend in Auftrag gegeben hat.

Der Stadtpräsident hat das Problem erkannt und informiert, dass sich der Gemeinderat der Dringlichkeit nicht widersetzt.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit grossmehrheitlich zu.

86. **Fragestunde F 15/2021 betreffend Ersatz des Geländers am Aarequai**

Fraktion SP und Fraktion Grüne/JG vom 26. Oktober 2021; Beantwortung

Die Fragestunde F 15/2021 wird schriftlich beantwortet.

Mitteilungen

Gemeinderat Peter Siegenthaler musste sich einer geplanten Operation unterziehen. **Der Stadtratspräsident** wünscht ihm im Namen des Stadtrats gute Genesung. Die November-Sitzung wird wieder im Rathaus durchgeführt. Aufgrund der zu behandelnden Traktanden wird es eine Doppelsitzung geben.

Eingänge

- Postulat P 10/2021 betreffend Lachenareal; Mark van Wijk (FDP), Barbara Lehmann-Rickli (FDP), Hanspeter Aellig (FDP) und Fraktion glp/Die Mitte
- Postulat P 11/2021 betreffend neue Strategien im Umgang mit Saatkrähen im städtischen Raum; Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG
- Postulat P 12/2021 betreffend langfristige Sicherstellung der elektrischen Stromversorgung der Stadt Thun; Fraktion SVP
- Postulat P 13/2021 betreffend Überprüfung Mietzinserslass im Leihvertrag «AKuT» vom 14.12.2014; Fraktion SVP
- Postulat P 14/2021 betreffend Schaffung einer ständigen Sportkommission; Reto Schertenleib (SVP)
- Postulat P 15/2021 betreffend Kiesgrube Buchholz; Fraktion Grüne/JG, Fraktion SP, Barbara Lehmann Rickli (FDP), Hanspeter Aellig (FDP) und Mark van Wijk (FDP)
- Interpellation I 9/2021 betreffend dem Baufeld B5 im ESP Thun-Nord – Sachstand; Mark van Wijk (FDP), Hanspeter Aellig (FDP) und Barbara Lehmann Rickli (FDP)
- Interpellation I 10/2021 betreffend Wege aufs Jakobshübeli; Thomas Hiltbold (Grüne), Fraktion Grüne/JG

Der Stadtratspräsident



Roman Gugger

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder